

die orthodoxe Kirche³⁰, die leider dermaßen mit falschen Anschuldigungen und Ausfällen gegen Rom und selbst gegen die Person Pius' XII. angefüllt ist, daß wir es uns versagen, auch nur eine Stelle aus diesem polemischen, haßerfüllten Dokument anzuführen. Wichtig ist jedoch wieder der Umstand, daß nicht alle anwesenden Vertreter der Orthodoxie an den Verhandlungen teilgenommen noch auch unterzeichnet haben; auch hier — wie am Schluß der die anglikanischen Weihen und den Ökumenismus betreffenden Resolutionen — fehlen die Unterschriften der Vertreter des Ökumenischen Patriarchen und der Griechenlands, was ihnen zur besonderen Ehre anzurechnen ist.

An dieser Opposition gegen das erste Rom von seiten des dritten und seiner Anhänger wird abermals das tragische Dilemma der ganzen Orthodoxie offenbar: Man ist sich nicht einig über die Wesensstruktur der Gesamtkirche noch auch über die Haltung, die man den getrennten Christen der übrigen Konfessionen, vor allem dem ersten Rom gegenüber einnehmen soll. In den verschiedenen Gruppen geht man einerseits über den wichtigsten Fragen der kirchlichen Ordnung, selbst solchen, die den Glauben betreffen, eigenmächtig voran und ist andererseits doch überzeugt, daß eigentlich nur die Gesamtkirche und ihr Organ, ein ökumenisches Konzil, zu gemeinschaftlichem, einmütigem, widerspruchslosem Handeln ermächtigen kann. Man ersehnt ein allgemeines ökumenisches Konzil; bringt es aber nicht zustande. Gegen ökumenische Konzilien, wie das von Lyon und Florenz, stemmt man sich mit allen Kräften und lehnt eine „Union“ mit dem ersten Rom als verwerflich und unheilvoll ab. Da die Einberufung eines wahrhaft ökumenischen Konzils von seiten der Orthodoxie unmöglich ist, bleibt praktisch nur der Weg des eigenmächtigen Handelns und somit einer immer weitergehenden Zersplitterung der Autokephalien und nationalen Gruppen. Die fast 1200 Jahre zählende Unterbrechung in der konziliaren Überlieferung der Orthodoxie, dieser fatale Bruch, wird wohl doch auf das Fehlen einer zentralen Autorität zurückzuführen sein. Mit vollem Bewußtsein dieser Tatsache zitiert der große Newman das Wort: „Keine Kirche kann auskommen ohne ihren Papst — das Christentum als ein Königreich braucht ein Haupt.“³⁰

Aus dem Spanien der Gegenwart

Von HUBERT BECHER S. J.

Nachdem der Beschluß der UNO vom 12. Dezember 1946, die Botschafter aus Spanien abzuberaufen, durch Annahme eines Antrags hispanoamerikanischer Staaten am 5. November 1950 zurückgenommen wurde, haben sich die außenpolitische Lage des Landes und das Ansehen der Regierung wesentlich verändert. Nicht nur daß in Madrid heute mehr Staaten als je

³⁰ An Essay on the Development of Christian Doctrine, London 1845, 4, 3, Nr. 8: zitiert in: Das Konzil von Chalkedon, Bd. III, S. 442; vgl. ebd. S. 412—414 einen ähnlichen Ausspruch Möhlers.

zuvor amtlich vertreten sind, vor allem haben die Verträge Spaniens mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika vom 26. September 1953 das Land in die Reihe der Mächte eingefügt, die für die Freiheit gegen den Totalitarismus der bolschewistischen Weltrevolution eintreten. Es sei auch daran erinnert, daß sich Spanien einer besonderen Beziehung zu der arabischen Welt erfreut und im Gegensatz zu Frankreich seinen afrikanischen Besitzungen eine innere Verwaltung gab, die das Land beruhigte.

Wichtiger als diese Tatsachen der Außenpolitik und ebenso überraschend wie die Verträge mit den USA waren die Erklärungen Francos, daß sich der Enkel des letzten Königs Alfons XIII., Don Juan, darauf vorbereite, einmal den Thron Spaniens zu besteigen, das nach spanischem Grundgesetz vom 17. Juli 1945 bekanntlich eine Monarchie ist, die nur vorläufig durch Franco regiert wird. Diese Erklärungen waren um so auffälliger, als bis dahin die Zensur alle monarchiefreundlichen Äußerungen unterdrückte und verschiedene Versuche sowohl Francos wie des letzten Sohnes Alfons' XIII., zu einer Ubereinkunft zu gelangen, gescheitert waren. Andererseits hatte die falangistische Presse anscheinend volle Freiheit, über Möglichkeiten einer Nachfolge Francos zu schreiben, die tatsächlich eine Wiederkehr des alten bourbonischen Königshauses ausschlossen. Man sprach davon, daß der „Beste“ an die Stelle des Caudillo treten müsse, wobei man sich überlegte, wie etwa dieser „Beste“ zu ermitteln sei. Es fehlte auch nicht an Vorschlägen, dem Heer und der Kirche das gesetzliche Recht zuzugestehen, im Notfall die Nachfolgeschafft Francos zu regeln. Alle diese Erwägungen wurden zur Überraschung und zum Teil auch zur Enttäuschung vieler durch die Erklärungen Francos überholt. Der junge Don Juan erfährt eine sorgfältige Ausbildung, wenn auch über die Art, erst recht über den Zeitpunkt der Übernahme der Regierung (etwa bei Gelegenheit seiner Großjährigkeit) noch nichts verlautet. So werden noch immer im geschriebenen und gesprochenen Wort Vermutungen geäußert, Franco sei es nicht ernst mit seiner Erklärung oder es sei doch noch an eine andere Regelung zu denken. Franco selbst hüllt sich seither in Schweigen. Es erübrigt sich, Mutmaßungen anzustellen; aber so viel ist sicher, daß er bisher bewiesen hat, klüger, zielbewußter und — geduldiger zu sein als seine Anhänger und auch seine Gegner.

Indessen nimmt das innenpolitische Leben seinen Fortgang. Es trägt das Gepräge eines Obrigkeitsstaates mit allen seinen Folgen. Aus vielen Anzeichen ist jedoch zu erkennen, daß der Regierung die Nachteile einer solchen Art nicht unbekannt sind und daß sie erwägt, zu einer weniger einseitigen Staatsform zu gelangen. Aber sie fürchtet mit Recht die Unruhen, die durch unüberlegte Experimente in einem Land entstehen müssen, dessen Wunden noch nicht ganz vernarbt sind.

Dies gilt z. B. von der Frage einer größeren Förderalisierung des Landes. Auch Spanien leidet unter der Neigung, alles durch Beamte einheitlich regeln zu lassen. Die Macht der Bürokratie wächst. Die ehemals so starke kata-

lanische und baskische Eigenständigkeit fiel im Laufe des Bürgerkriegs und durfte auch in den ersten Jahren nachher nicht wiedererweckt werden. Aber je länger dieser Zustand andauert, desto mehr Verbitterung bemächtigt sich auch derer, die Francos Leistung durchaus anerkennen. Nach außen tritt dies zwar kaum hervor, doch wird jedem Besucher des Landes die Niedergeschlagenheit besonders der Wirtschaftskreise bewußt werden.

Nur sehr zögernd wird die eine oder andere Maßnahme getroffen. So wurde an der Zentraluniversität Madrid ein Lehrstuhl für die katalanische Sprache geschaffen. Bei dem Übergewicht der katalanischen und baskischen Wirtschaft, bei dem höchst lebendigen Bewußtsein ihrer Eigenart waren die katalanische und die baskische Frage in der Tat eine Gefahr für die Geschlossenheit des Staates. Versuche, durch besondere Förderung anderer Provinzen des Landes, wie der Levante (Valencia und Umgebung), Andalusiens, Asturiens usw., deren Wirtschaft eigene Formen und Gesetze hat, den Abstand von Katalanien und der Biscaya zu verringern und dadurch einen besseren Ausgleich von Einheit und Vielfalt zu schaffen, wie sie vorübergehend zur Zeit der Republik begonnen wurden, sind bisher nicht wiederholt worden. Sicher ist hier eine besondere Schwierigkeit vorhanden, deren Überwindung viel Takt und Vorsicht erfordert. Aber die Entwicklung sowohl des überhandnehmenden Zentralismus wie der Bedrängnis der nun einmal vorhandenen Einzelprovinzen verlangt immer gebieterischer eine schöpferische Innenpolitik.

Daß keine eigentlich drohenden Spannungen entstehen, verdankt Spanien vor allem seiner immer weiter sich entwickelnden Wirtschaft, die auf allen Gebieten fortschreitet. Der Besucher wird dies zuerst an der regen Bautätigkeit im ganzen Land, in den Städten vor allem, wahrnehmen. Spanien, dessen Seelenzahl im Jahr um etwa 250 000 wächst, erlebt eine starke Vermehrung seiner städtischen Bevölkerung, ohne daß man deswegen schon von einer bedrohlichen Landflucht sprechen könnte. Die Zahl der Fabrikbetriebe und Industrien steigt. Man beobachtet auch trotz des Wachsens der Städte durch den Zuzug keine größer werdende Ausdehnung der Elendsviertel, wie sie vor 30 Jahren sehr stark bemerkbar waren. Gewiß ist die Frage des ausreichenden Lohnes noch nicht gelöst und wird sogar durch die Erhöhung der Preise, die sich allmählich den Weltmarktpreisen angleichen, schwieriger. Aber die vor einigen Jahren vom Erzbischof von Valencia genannte Lohnhöhe, die nur 50 Prozent des notwendigen Existenzminimums betrage, stimmt doch nur für die besonderen Verhältnisse seines Sprengels und für die ungelernten Arbeiter, während in anderen Teilen des Landes die Lage weit besser ist, ohne daß man jedoch von einer Lösung sprechen könnte.

Der Aufstieg von Verkehr und Wirtschaft kommt natürlich auch auf dem Lohngebiet dem Arbeiter zugute. Als Beispiel mögen einige Zahlen über die Ergebnisse des Bergbaus dienen: Spanien produzierte 1952 etwa 3 800 000 t Eisenerz, 60 000 t Bleierz, 160 000 t Zink, 215 400 t Schwefelkiese (Eisen

und Kupfer), 41000 t Zinnober, 1100000 t Zinn, 5000 t Wolfram, 32000 t Mangan, 1400 t Antimon, 14 Millionen t Kohle, 240000 t Erdöl usw. Fast überall ist ein Anstieg von mehr als 10% zu verzeichnen. Dies bedeutet für das im Grund arme Land eine erfreuliche Entwicklung. Die ausgesprochen gute Ernte des Jahres 1954 und die gute des laufenden Jahres besagen für die wirtschaftliche Lage des Landes noch mehr.

Es ist auch zu betonen, daß die Wünsche der Arbeiterschaft weniger auf dem materiellen Gebiet liegen. Eine staatliche Gewerkschaft, die in allen Zweigen gut durchorganisiert ist, sowie die recht hohen sozialen Leistungen werden weniger geachtet als die Freiheit, die der Arbeiter in der amtlichen Organisation nur in sehr beschränktem Umfang hat. Man klagt deswegen über den Mangel an Interesse am öffentlichen Leben.

Dies führt auf die geistigen Probleme des Landes. Es ist wohl niemand, der dem Staat die Berechtigung abstritte, nach der Niederwerfung des Bürgerkrieges durch eine Einengung des Rechtes der freien Meinungsäußerung eine seelische Befriedung des Landes zu fördern. Wenn auch die Gesetzgebung manche Härten im Lauf der letzten 10 Jahre abgebaut hat, besteht noch die Vorzensur für Zeitungen und Zeitschriften, und ist es auch nicht aus der Übung gekommen, daß die Regierung die Schriftleitungen zur Aufnahme von Aufsätzen, Erklärungen und Nachrichten verpflichtet, die im Namen des jeweiligen Blattes erscheinen. Es wäre jedoch übertrieben zu sagen, daß keine geistige Diskussion erlaubt sei. Sie vollzieht sich aber mehr in Andeutungen und auf einer mehr grundsätzlichen Ebene, die hoch über den unmittelbar drängenden Tagesfragen steht. So wird sie der nicht wahrnehmen, der nur vorübergehend und oberflächlich die Äußerungen der Presse verfolgt.

Die Frage der Zensur wurde in den letzten Jahren ganz offen behandelt. Anlaß dazu waren zwei Reden des jetzigen Informationsministers Gabriel Arias Salgado, die er auf den Pressekongressen in Alicante und Barcelona am 16. Dezember 1953 bzw. am 12. Dezember 1954 hielt. Zunächst ist festzustellen, daß sowohl die Ausführungen des Ministers wie der ihn angreifenden oder verteidigenden Aufsätze in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften¹ auf einer erstaunlichen geistigen Höhe stehen. Beide Standpunkte werden mit einem aufrichtigen Willen zur Wahrheit und aus dem Bestreben, zu einer wirklichen Lösung der schwierigen Frage zu kommen, vorgebracht. Es handelt sich um das Allgemeinwohl, das durch eine zerstörerische Kritik gefährdet werden kann. Dabei ist es unverkennbar, daß die Regierung hauptsächlich von dem Bemühen ausgeht, Schäden für den ordentlichen Fortgang der Anstrengungen des Staates zu verhüten, während die Kritik vor allem die Freiheit der Bürger verteidigt. Der Minister prägte in seiner Rede zuerst den Ausdruck „orientierte Presse“, die die Extreme: unkontrollierte und staatliche Presse vermeiden soll. Auf Grund der Aus-

¹ Die wichtigsten Äußerungen sammelt die Sonderausgabe des Mitteilungsblattes der Propagandisten A.C.N. de P. vom 1. Juli 1955.

einandersetzungen sah er sich indes gezwungen, diesen Ausdruck aufzugeben und mit ihm auch den Einfluß des Staates zu beschränken. Am freiesten dürfen sich in dieser Frage das Hauptorgan der Katholischen Aktion „Ecclesia“ und die Bischöfe selbst in ihren Amtsblättern äußern, da sie nicht der staatlichen Zensur unterliegen. Aber auch ihre Kritik vermeidet jedes Schlagwort und entwickelt die Pressefrage aus den letzten Grundsätzen, die die Kirche als Hüterin auch der natürlichen Ordnung und Rechte entwickelt. Dabei wurde besonders — auch vom Minister — die Ansprache des Papstes Pius XII. angeführt und erläutert, die er am 17. Februar 1950 bei Gelegenheit des Internationalen Kongresses der katholischen Presse in Rom gehalten hat.²

Es liegt in der Natur der Dinge, daß solche Auseinandersetzungen ohne weiteres bewirken, daß die staatlichen Organe ihren Einfluß mit größerer Vorsicht wahrnehmen. Vor allem wurden die Auflageartikel, die die Regierung nicht selbst verantwortlich zeichnet, als unsittlich erklärt. Zweifelloso wird auch an einem neuen Pressegesetz gearbeitet, das das alte vom 22. April 1938 ablösen soll. Es ist zu hoffen, daß in diesem so entscheidenden Punkt des Gemeinschaftslebens eine Rückkehr zur Freiheit erfolgt, deren Verteidiger vor allem der Bischof von Malaga, Angel Herrera Oria, der ehemalige Hauptschriftleiter des *El Debate*, ist.

In den Auseinandersetzungen um die Pressefreiheit betonte der Informationsminister auch, daß ein katholischer Staat, wie Spanien es sei, berücksichtigen müsse, daß der Mensch ein übernatürliches Ziel habe, wenn dies auch ganz selbständig der Kirche anvertraut sei. Dies weist auf die enge Verbindung von Kirche und Staat hin, die leicht zu einer unmittelbaren religiösen Einflußnahme des Staates und noch leichter zu einem Ruf der Kirche an den Staat führen kann, die Ziele der Religion zu vertreten. Auf die Dauer kann dies nur zum Schaden der Kirche und ihres Einflusses und zur Minderung des Vertrauens der Gläubigen führen. Diese Gefahr wird durchaus gesehen. Für den Bereich der öffentlichen Meinungsbildung zog z. B. P. J. M. Diez-Alegria S. J. in „*Razón y Fe*“, März 1955, die Grenzen.

Wichtiger und schwieriger sind die Folgen eines zu engen Verhältnisses von Staat und Kirche im allgemeinen Leben. Es ist nun nicht so, daß die Führer des kirchlichen Lebens staatshörig seien, wie man vielfach glaubt, etwa weil sie wirtschaftlich vom Staat abhängig seien. Vor Jahren führten sie zum Teil sehr ernste Klagen wegen des neuen Gesetzes über das höhere Schulwesen, das nicht alle Rechte der Kirche zu wahren schien.³ Der Kampf nahm bald heftige Formen an, die Fronten versteiften sich, und die Bischöfe hielten es im Geist des Friedens für besser, auf eine Weiterführung der Fehde zu verzichten. Aber auch der Staat anerkannte, daß die Gesetze nicht vollkommen seien. Was indes bisher geschehen ist, liegt mehr auf dem Gebiet der Organisation und der technischen sowie unterrichtlichen Maßnahmen, die allerdings wegen ihrer Umständlichkeit nicht allzuviel Ver-

² AAS 42 (1950) 251—257.

³ Vgl. diese Zeitschrift Bd. 154 (1953) 59 ff.

trauen erwecken. Es kann auch nützlich sein, daß man zuerst einmal die den früheren Zustand wesentlich verbessernden Maßnahmen erprobt. Allerdings ziehen sich auch gewisse gefahrdrohende Wolken zusammen. Es macht sich ein immer größerer Gegensatz bemerkbar zwischen dem in der ersten Begeisterung geschaffenen Obersten Forschungsrat und den Universitäten, die einen weltanschaulich liberalen und zugleich staatshörigen Kurs steuern.

Wohl der klarste Beitrag zur Erkenntnis der Lage der Religion in dem von einer katholischen Regierung geführten Spanien ist der Hirtenbrief des Bischofs von Solsona, Vicente Enrique Tarancon, vom 24. März 1955. Es ist ein Rechenschaftsbericht der zweiten Visitation seines Sprengels. Das Bistum Solsona liegt im Nordosten des Landes zwischen den Diözesen Vich, Urgel, Lérida und Tarragona und zählt etwa 120000 Seelen. Es ist wesentlich eine Landdiözese und hat keinen Ort, der mehrere Pfarreien zählte. Da die Verhältnisse weniger von dem unmittelbaren Einfluß des modernen Lebens umgeformt werden, ist zu erwarten, daß sie besser sind als an den Brennpunkten von Handel und Wandel. Beispielsweise besuchen in den meisten Pfarreien des Bistums 100 % der Bevölkerung den Gottesdienst, und nur bei wenigen liegt die Teilnehmerzahl unter 60%. Danach kann man auf das übrige Spanien schließen in allem, was den Stand des religiösen Lebens beeinflusst. Obwohl der Bischof die regeren Bemühungen seiner Geistlichkeit anerkennen und mit Freude über die Zunahme der Priesterberufe berichten kann, muß er doch einen Abstieg auf sozialem und moralischem Gebiet feststellen. Er schreibt ihm dem Einfluß der Mode, der sinkenden Familienmoral, der geringer werdenden Rechtlichkeit im Wirtschaftsleben, der gesteigerten Vergnügungssucht, der Lockerung der Familienzucht, die der Jugend zu viel Freiheit läßt, zu. Besonders beklagt er das Nachlassen des apostolischen Geistes innerhalb der kirchlichen Vereinigungen.

Unter den Ursachen dieser Entwicklung nennt er zuerst die tote Überlieferung, die sich auf den katholischen Charakter von Staat und Gesellschaft stützt. Gerade der Gedanke, daß von seiten des Staates überall das Katholische gilt, läßt die Wachsamkeit erschaffen. Man beruhigt sich auch mit dem Gedanken, daß der Wohlfahrtsstaat für die Not der Mitmenschen Sorge. Die Vorteile der weitgehenden Gesetzgebung nimmt man in Anspruch, erwartet eine Besserung der Mängel von neuen Maßnahmen der öffentlichen Hand, aber verliert zusehends an persönlicher Bereitschaft und versinkt allmählich in den Zustand einer „sozialen Atonie“. Der Anstieg des Wohl- und Lebensstandes vermehrt die Neigung, die sich immer reicher anbietenden Möglichkeiten zu Vergnügungen zu benutzen. So stärkt sich eine materialistische Grundhaltung, obwohl die marxistische Propaganda weithin gefallen ist.

In besonderem Maß leidet darunter auch der geistliche Stand. „Spanien fehlt ein lebendiges Priesterideal.“ Es gibt natürlich Ausnahmen, aber daß sie Ausnahmen sind, ist das Beunruhigende. Man vertraut auf die guten

alten Sitten, auf das Konkordat, bemißt den Eifer der Gläubigen nach der Teilnahme an „actos espectaculares“, bleibt bei der bisherigen seelsorgerlichen Methode, lebt von der Hand in den Mund ohne weitschauenden Plan, ohne Zusammenfassung der vorhandenen Seelsorgskräfte, ohne Einordnung des einzelnen, ohne daß man sich bemühte, die bereiten Helfer, vor allem aus dem Laienstand, zu schulen und heranzuziehen. Dazu kommt schließlich noch der sich immer steigernde Bürokratismus des kirchlichen Lebens.

Die nüchterne Klarheit und der Mut des offenen Wortes und auch die Wahrheit der Erkenntnisse werden hier offenbar.

Es braucht keine besondere Hervorhebung der Tatsache, daß mit der Lagezeichnung auch die Bemühung um die Besserung der Lage Hand in Hand geht. Das Heil liegt vor allem darin, daß die Eigenständigkeit des kirchlichen Lebens gesehen und gesucht wird. Nun mag es im wirtschaftlichen Bereich „Wunder“ geben, im geistigen Leben und noch mehr auf dem religiösen Gebiet ist der Erfolg die Frucht verborgener, langer Arbeit, großer Enttäuschungen, ertragener Leiden, fortgesetzter Selbstentäußerung und persönlicher Heiligung. Erst spätere Zeiten können ein Urteil fällen, ob solche Kräfte vorhanden waren und in genügender Zahl zur Geltung kamen. Sicher wäre es falsch, die leicht ins Auge fallenden Mißstände, Versäumnisse und Mängel aufzuzählen und zu glauben, damit ein rechtes Bild der Lage gewonnen zu haben.

Dem Hirtenbrief des Bischofs von Solsona könnte man noch viele andere ähnliche Zeugnisse anreihen. Aus ihnen allen spricht eine gewisse Unruhe. Sie ist ein Beweis des Lebens, der Selbstbesinnung und aufrichtiger Bemühung weiterer Kreise, Priester und Laien der Kirche, die schließlich auf dieser Erde die streitende Kirche ist und bleibt.

Anmerkung: Zur Kennzeichnung der Entstehung der Lage Spaniens sei noch einmal auf das Buch R. Pattee — A. M. Rotbauer: *Spanien, Mythos und Wirklichkeit* (557 S.) Graz 1954, Styria (vgl. diese Zeitschrift 155 (1955) 470—472) hingewiesen. Es geschieht auch deswegen, weil eben in zweiter, neubearbeiteter und ergänzter Auflage erschienen ist Salvador de Madariaga: *Spanien, Wesen und Wandlung*. (432 S.) Stuttgart 1955, Deutsche Verlagsanstalt. Geb. DM 21.50. Der Verfasser ist Freund und Schüler von Francisco Giner de los Rios, des Stifters der Institucion libre de Ensenanza, die im Beginn des 20. Jahrhunderts einen übermächtigen Einfluß hatte und das meiste dazu tat, das Land und die Gebildeten der liberalen, freimaurerischen Republik zuzutreiben und zu „europäisieren“. So ist auch Madariaga ein autonomer Liberalist, der alles in diesem Licht sieht und ein unversöhnlicher Feind Francos geblieben ist. Das Buch bringt manche Tatsachen zur Ergänzung des erst genannten Buches, vor allem aus dem Bereich der republikanischen Regierung vor dem Bürgerkrieg und während des Kampfes. Wer sich der Einseitigkeit des Standpunktes bewußt bleibt, vermag aus dem Buch zu erkennen, wie ein die Kirche ablehnender liberaler Mensch trotz seiner hohen Bildung blind wird für alle Gesinnung, Anschauungen und Leistungen, die seinem Ideal nicht entsprechen. Er wird auch unfähig, Dinge, die durch die Verhältnisse erzwungen sind, in ihrem relativen Wert zu würdigen und verliert den Boden der Wirklichkeit, indem er ein abstraktes Menschenideal der in sich selbst stehenden freien Persönlichkeit lehrt.